

Weg von der Schuldenunion, hin zur Stabilitätsunion!

KRISE Merkel fordert neuen Kurs, Schlarmann (MIT) erfreut über Eurobonds-Ablehnung

Von Florian Kleist

Harburg. Mit Erleichterung habe die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung (MIT) der CDU/CSU die Ankündigung der Bundesregierung aufgenommen, „dass Eurobonds kein Thema mehr sind, solange die nationalen Staaten über ihre jeweiligen Haushalte eigenverantwortlich entscheiden“. Das sagte der Bundesvorsitzende der MIT, Josef Schlarmann.

Die MIT begrüße die intensive Diskussion zur künftigen Europapolitik der Union, betonte der mit einer Kanzlei in Harburg tätige Anwalt Schlarmann. Er warnte aber eindringlich „vor weiteren Schritten, welche die Euro-Zone in eine Haftungs- und Transferunion führen“. Wie berichtet, wurde im Zuge der aktuellen Euro-Krise diskutiert, ob nicht nur wie derzeit jedes Land selbst zur Schuldenaufnahme Anleihen ausgeben kann, sondern auch die Euro-Länder als Kollektiv. Bei diesen sogenannten Eurobonds (siehe Kasten) wären folglich die Zinskosten für alle Länder gleich, was die Staatsanleihen von stabilen EU-Mitgliedern wie Deutschland abwerten und die von Krisenländern quasi aufwerten würde.

Schlarmanns Parteikollegen – Bundeskanzlerin Angela Merkel – hat unterdessen ihre Ablehnung von gemeinsamen europäischen Staatsanleihen bekräftigt. Die Eurobonds könnten in der aktuellen Krise nicht helfen und würden keine Anreize zur Sanierung der öffentlichen Haushalte geben, sagte Merkel gestern in Magdeburg in ihrer Dankesrede zu ihrer Auszeichnung mit dem Kaiser-Otto-Preis der Stadt Magdeburg.



Wohin geht die Reise des Euro? Diese Frage beschäftigt derzeit unter anderem die CDU/CSU.

Foto: dpa

Der Weg in eine Schuldenunion müsse verlassen und eine Stabilitätsunion geschaffen werden. „Der vor uns liegende Weg ist anspruchsvoll.“ Patentrezepte gebe es nicht. Zugleich verteidigte sie die Gemeinschaftswährung: „Der Euro hat sich bewährt“, sagte Merkel. „Er ist ein Fundament unseres gemeinsamen wirtschaftlichen Erfolgs.“

Trotz des Neins von Bundeskanzlerin Merkel hatte der CDU-Politiker Philipp Mißfelder ein Umschwenken der

schwarz-gelben Koalition nicht für ausgeschlossen erklärt, die HAN berichteten. Mißfelder kritisierte die mangelnde Beteiligung der Basis: „Ich bleibe dabei, dass, wenn eine historische Weichenstellung anstehen sollte – beispielsweise die Eurobonds oder Transferunion beziehungsweise Hinzufügung von Italien unter den Rettungsschirm –, die Partei breiter diskutieren darf und nicht das Präsidium mit 15 Leuten eine so wichtige Entscheidung al-

► Hintergrund

„Eurobonds“ hat sich als Bezeichnung eingebürgert für Staatsanleihen, die gemeinschaftlich von den Ländern der Eurozone ausgegeben werden. Heute gibt es das noch nicht, jedes Land gibt zur Schuldenaufnahme selbst Staatsanleihen aus – natürlich ebenfalls in der Gemeinschaftswährung Euro. In Deutschland sind dies die Bundesanleihen und andere Bundeswertpapiere. Da diese als besonders sicher gelten, zahlt Deutschland dafür relativ wenig Zinsen, während weniger kreditwürdige Staaten mehr zahlen müssen. Die Eurobonds würden bewirken, dass die Zinskosten für alle Länder gleich sind – Deutschland würde also mehr, Krisenländer wie Italien aber zum Beispiel deutlich weniger zahlen als heute und damit finanziell entlastet werden. Für die Eurobonds bürgen die Euroländer gemeinsam.

(dpa)

lein treffen darf. Eurobonds könnte man ohne einen Parteitag nicht beschließen.“ CDU-Vize, Umweltminister Norbert Röttgen, sagte: „Wir brauchen keinen Sonderparteitag.“ Die CDU werde auf dem Parteitag im November über alles diskutieren. Das reicht offenbar auch der MIT, so Josef Schlarmann: „Die MIT begrüßt die Ankündigung der Unionsführung, dass das Thema Europa auf dem CDU-Parteitag im November behandelt werden soll.“ (fk/dpa)